

F2

Titel Ostpolitik 3.0. Idealistisch. Progressiv. Solidarisch.

AntragstellerInnen Hannover

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Ostpolitik 3.0. Idealistisch. Progressiv. Solidarisch.

1 Die Bedeutung der Ostpolitik

2 Die deutsch-russischen Beziehungen sind seit Jahrhunderten von einem starken Maß der gegenseitigen Ab-
3 hängigkeit, dabei aber auch von häufigen Wechseln, geprägt, die zwischen Krieg und enger Kooperation
4 schwankten. Für die deutsche Politik hatte diese Beziehung spätestens seit dem 18. Jahrhundert eine erhebli-
5 che Bedeutung.

6 Für die deutsche Sozialdemokratie gilt dies umso mehr. Für viele Sozialdemokrat*innen ist das Verhältnis zu
7 Russland ein zentraler Pfeiler der sozialdemokratischen Außenpolitik. In vielen Debatten der außenpolitischen
8 Ausrichtung der SPD wird auf das Verhältnis rekurriert und hat für viele Mitglieder eine hohe emotionale Be-
9 deutung. Trotz dieser emotionalen Bedeutung muss es das Ziel sozialdemokratischer Politik sein, objektiv und
10 progressiv an einer neue Ostpolitik zu arbeiten.

11 Die sogenannte Ostpolitik des ehemaligen Bundeskanzlers Willy Brandt ist bis heute ein wesentlicher Identi-
12 tätspfeiler für die SPD. Mit einer Öffnung gegenüber dem Ostblock konnte ein Beitrag zu einem friedlichen
13 Europa und der Beilegung des kalten Krieges geleistet werden. Unter dem Motto „Wandel durch Annäherung“
14 sollte eine grundsätzliche Änderung der europäischen Verhältnisse herbeigeführt werden. Dabei war die Ost-
15 politik der SPD immer wieder von Brüchen und unterschiedlichen Prioritäten geprägt.

16 Für Kurt Schumacher war das Verhältnis zu KPD und der Sowjetunion ein zentraler Bestandteil seiner frü-
17 hen Arbeit als Parteivorsitzender. Bereits in der Weimarer Republik hatte Schumacher ein äußerst kritisches
18 Verhältnis zur KPD. Dies verstärkte sich in der Zeit des Nationalsozialismus und insbesondere angesichts der
19 Zwangsvereinigung der Ost-SPD und KPD zur SED. Auch sah er den „Realsozialismus“ der Sowjetunion sehr
20 negativ und stellte sich gegen vermeintliche imperialistische Ambitionen Moskaus.

21 Unter Willy Brandt, zunächst als Außenminister, dann als Bundeskanzler begann dann die eigentliche Phase
22 der neuen Außenpolitik. Die DDR wurde staatsrechtlich anerkannt, die KSZE wurde vom Westen anerkannt
23 und ein umfassender Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. So gelang es Brandt zumindest in den 1970er
24 Jahren eine gewisse Entspannung im Kalten Krieg zu organisieren.

25 Die Regierung Schröder trat zunächst mit dem Ziel an, dass Verhältnis zwischen Deutschland und Russland
26 zu professionalisieren in Abgrenzung zu dem kumpelhaften Verhältnis zwischen Helmut Kohl und Boris Jelzin.
27 Nach der Übertragung der russischen Präsidentschaft an Vladimir Putin intensivierten sich die politischen und
28 wirtschaftlichen Kontakte zwischen Russland und Deutschland, dies wurde auch durch den Wechsel Schröders
29 von der Politik in den Aufsichtsrat von Gazprom deutlich.

30 Unter den SPD-Außenministern Frank Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel wurde die enge Kooperation fort-
31 gesetzt. Trotz zunehmender Spannungen im Kaukasus und in Osteuropa, wurde der Schwerpunkt der sozial-
32 demokratischen Ostpolitik auf einen Dialog mit Russland gelegt. Dieser Dialog hat aber nur begrenzt zum
33 Erfolg geführt.

34 Mit Heiko Maas als neuer Außenminister beginnt eine neue Phase in der Frage, wie die SPD ihre Ostpolitik
35 definiert. Die Sicherung von Frieden und Demokratie müssen dabei an der obersten Stelle stehen. Dies gelingt

36 nur mit dem klaren Aufzeigen von Grenzen, enge Abstimmung mit Ländern, die sich von Russland bedroht
37 fühlen, einem klaren Bekenntnis zur Einhaltung internationaler demokratischer und rechtsstaatlicher Normen
38 und der Unterstützung der Menschen, die sich für die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Minderheitenschutz,
39 soziale Gerechtigkeit und Frieden engagieren.

40 **Die Liberale Demokratie und die Gefahren für sie**

41 Heute sehen wir unser politisches System in der größten Krise seit den 1930ern. In ganz Europa sind die Libe-
42 ralen Demokratien unter Beschuss geraten. Die Liberale Demokratie, also die staatliche Garantie von Rechten
43 für breite Bevölkerung bei gleichzeitigem Schutz von Minderheiten, beides demokratisch legitimiert, hat es
44 geschafft unvergleichliche wirtschaftliche, soziale, demokratische und kulturelle Partizipation für eine breite
45 Masse der Bevölkerung zu erreichen. Gleichzeitig sind immer noch viele Menschen ausgeschlossen. Insbe-
46 sondere die immer größer werdende wirtschaftliche Ungleichverteilung ist ein erhebliches Problem und muss
47 bekämpft werden. Problematisch bleibt natürlich, dass im kapitalistischen System niemals vollkommene Ge-
48 rechtigkeit erreicht werden kann.

49 Angesichts der Errungenschaften der Liberalen Demokratie müssen wir diese aktiv verteidigen. Wir leben in
50 einer Zeit, in welcher es massive Angriffe von rechtspopulistischen und faschistischen Kräften auf unser poli-
51 tisches System gibt. Durchaus mit Erfolg. Ungarn, Rumänien und Österreich zeugen davon.

52 Die Angriffe auf Rechtsstaat und unser demokratische-republikanisches System werden aber auch in ande-
53 ren Ländern intensiver. Auch in Westeuropa wird gegen staatliche Institutionen und gegen Minderheiten ge-
54 hetzt.

55 **Russlands Verantwortung**

56 Seit Jahren unternimmt die russische Regierung einen umfassenden und systematischen Angriff auf die De-
57 mokratie und den Rechtsstaat in Europa und den Vereinigten Staaten. Der Kreml setzt dabei auf ein asymme-
58 trisches Arsenal, dass militärische Invasionen, Cyberangriffe, Desinformationen, Unterstützung für politische
59 Randgruppen, sowie den Einsatz von Energieressourcen, der organisierten Kriminalität und Korruption.

60 Diese Werkzeuge wurden im Verlauf der Zeit weiterentwickelt und führten zu einem immer massiveren Angriff
61 auf den Westen. Durchgeführt werden diese Aktionen vom russischen Geheimdienst in enger Kooperation mit
62 russischen Staatsbetrieben, Kreml-nahen Oligarch*innen und russischen kriminellen Organisationen.

63 **Die wirtschaftliche Lage in Russland**

64 Die wirtschaftliche Situation in Russland bleibt äußerst schwierig. Nach einer raschen wirtschaftlichen Ent-
65 wicklung in den 2000ern durch einen hohen Energiepreis, trat die russische Wirtschaft erstmals 2008 in eine
66 Rezession und 2014 nach den westlichen Sanktionen.

67 Vladimir Putin nutzte, und ermöglichte vielen anderen, die chaotische Situation nach dem Zusammenbruch
68 der Sowjetunion, um sich zu bereichern. Heute gilt er als einer der zehn reichsten Menschen der Welt, mög-
69 licherweise ist er durch seine privaten Anteile an russischen Energieunternehmen sogar der reichste Mensch
70 der Welt. Eine kleine Elite hat es geschafft einen Großteil des russischen Vermögens zu sammeln. Russland ist
71 heute das Land mit der größten wirtschaftlichen Ungerechtigkeit, sodass die reichsten zehn Prozent in Russ-
72 land 87 % des russischen Vermögens besitzen.

73 Die soziale und wirtschaftliche Unsicherheit in Russland sind extrem groß. In weiten Teilen Russlands ist die
74 öffentliche Infrastruktur sehr schlecht, etwa zwanzig Millionen Menschen leben unterhalb der Armutsgren-
75 ze.

76 **Politische Lage in Russland**

77 Mit der Wahl Putins als Premierminister begann eine dramatische Zentralisierung der Macht in Russland. Ein
78 wichtiger erster Schritt dahin war die Abschaffung der Wahl der Regionalgouverneure. Diese Entwicklung wur-
79 de Zug um Zug weitergeführt und gipfelte schließlich darin, dass 2018 es keine freien Wahlen zur Präsident-
80 schaft mehr gab.

81 Proteste und Demonstrationen werden mit Gewalt niedergeschlagen, Dissident*innen ermordet und Perso-
82 nen, die dem Machtkomplex gefährlich werden können, werden nicht zu Wahlen zugelassen. Nichtregierungs-

83 organisationen, die sich für ein demokratischeres Russland einsetzen werden verboten und ihr Mitarbeiter*in-
84 nen als vermeintlich ausländische Agent*innen von der Justiz verfolgt.

85 **Gesellschaftliche Repressionen in Russland**

86 Nach einer dramatischen Liberalisierung Russlands nach dem Zerfall der Sowjetunion, gab es einen ebenso
87 dramatischen Wandel zurück in den letzten Jahren. Unterdrückung von gesellschaftlichen Minderheiten und
88 Gewalt gegen diese nehmen seit Jahren immer wieder zu.

89 Diese Situation wird durch die Gesetzeslage verschärft. Nachdem 2013 mit dem „Gesetz gegen homosexuelle
90 Propaganda“ eine erhebliche Welle von sexualisierter Gewalt gegen sexuelle Minderheiten ausgelöst wurde,
91 folgte 2017 mit der faktischen Dekriminalisierung von häuslicher Gewalt eine Welle von Gewalt gegen Frau-
92 en.

93 Im April 2017 kam heraus, dass etwa hundert vermeintlich homosexuelle Männer im Kaukasus in einem Inter-
94 nierungslager eingesperrt worden sind und dort gefoltert und teilweise ermordet wurden.

95 **Militärische Aufrüstung Russlands**

96 Russland hat unter Putin eine erhebliche Aufrüstung und Modernisierung des Militärs erfahren. 2017 wurde
97 ein umfassendes Programm angekündigt in dessen Rahmen bis 2025 sämtliche Teilstreitkräfte aufgerüstet
98 werden. Dies gilt insbesondere für die Landstreitkräfte, was darauf hindeutet, dass die strategische Planung
99 sich an einem umfassenden Krieg in Europa orientiert. Das Ziel ist eine militärische Parität mit China und der
100 NATO zu erreichen.

101 **Nukleare Aufrüstung Russlands**

102 Darüber hinaus arbeitet Russland auch an einer massiven Modernisierung des nuklearen Arsenal. Im Gegen-
103 satz zu fast allen anderen Atommächten hat Russland in den letzten Jahren seine nuklearen Erstschlagfähig-
104 keiten modernisiert.

105 Zurzeit werden sowohl flugzeugbasierte, als auch raketenbasierte Nuklearwaffen runderneuert, eine weitere
106 Neuerung ist die Entwicklung eine auf Cobalt-Basis nuklear bewaffneten Unterwasserdrohne, die bei Detona-
107 tion einen radioaktiven Tsunami auslösen würde und Küstengebiete über tausende Kilometer für Jahrzehnte
108 versuchen würde. Die Entwicklung dieser Drohne scheint gezielt darauf ausgerichtet zu sein, bestehende Ab-
109 wehrmechanismen zu überwinden.

110 **Geheimdienstoperationen im Westen**

111 Länder in der europäischen Union und ihre Nachbarländer sind seit Jahren Opfer erheblicher russischer Ge-
112 heimdienstaktivitäten. Sowohl Agent*innen werden dabei eingesetzt, als auch Cyberaktivitäten.

113 Eine ganze Reihe von Dissident*innen, die nach Europa geflohen sind, sind in den letzten Jahren getötet wor-
114 den. Bekanntere Fälle sind etwa der ehemalige FSB Agent Alexander Litvinenko und der ehemalige Putin Ver-
115 traute Boris Berezovsky. Darüber hinaus sind alleine in Großbritannien mehr als ein Dutzend Todesfälle im
116 Exil lebender Russ*innen verdächtig.

117 Dabei werden auch Kollateralopfer billigend in Kauf genommen. Bei dem Giftanschlag in Salisbury im Frühjahr
118 2018 wurden neben den beiden Zielen noch weitere Personen verletzt, ein Polizist musste auf die Intensivsta-
119 tion. Damit wurde ein Terroranschlag mit chemischen Waffen in Europa begangen. Viele Regierungen und
120 Geheimdienste sehen die russische Regierung in der Verantwortung.

121 Darüber hinaus gibt es auch immer wieder Hacker*innenangriffe auf die europäische Infrastruktur, die nach-
122 weißlich auf Russland zurückzuführen sind. Alleine im Februar und März 2018 wurden zwei wesentliche
123 Angriffe öffentlich. Im Februar 2018 veröffentlichten deutsche Behörden, dass russische Hacker*innen das
124 Verteidigungs- und das Außenministerium angegriffen haben. Dabei wurde Malware platziert und Daten er-
125 beutet.

126 Im März 2018 kam heraus, dass russische Hacker*innen sich Zugang verschafft haben zu US-Amerikanischer
127 und Europäischer Energie- und Wasserinfrastruktur, unter anderem Kernkraftwerken, verschafft haben mit
128 dem Ziel die Möglichkeit zu haben, diese abzuschalten oder zu sabotieren.

129 Inzwischen gibt es fast monatlich Berichte über Hacker*innenangriffe aus Russland. Dabei wird keine Rück-
130 sicht genommen, ob neben staatlichen Institutionen auch Privatpersonen in Mitleidenschaft gezogen wer-
131 den.

132 **Zusammenarbeit mit rechten Parteien**

133 Die russische Führung kooperiert eng mit rechts-konservativen und rechtsradikalen Parteien in Europa. In
134 Frankreich herrscht eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Front National und der russischen Führung. So
135 gab eine russische Bank dem FN einen Kredit, nachdem französische Banken sich dessen verweigert hatten. Im
136 Präsidentschaftswahlkampf 2017 gab es auch Hacker*innenangriffe auf die Präsidentschaftskampfkampagne
137 von Emmanuel Macron, während Social Media-Aktivist*innen und -bots Gerüchte über ihn verbreiteten und
138 Stimmung für die Kandidatin des Front National Marine Le Pen machten.

139 In Österreich arbeitet die regierende FPÖ eng mit der Putin-Partei Einiges Russland zusammen. Dies führte zu
140 Sorge bei westlichen Staaten, dass die österreichische Regierung Geheimdokumente weiterverbreiten könnte.
141 Auch in Ungarn gibt es eine enge Kooperation zwischen Orbans Fidesz Partei und der Partei Einiges Russland.
142 Orban selber hat auch eine engere Anbindung an Russland gesucht.

143 In Deutschland fordert die AfD nicht von irgendwo her eine engere Anbindung an Russland. Während Russia
144 Today und Sputnik im Vorfeld von Wahlen Stimmung für die AfD machen, suchen Teile der Führung eine enge
145 Anbindung an Moskau. Gleichzeitig knüpft die Junge Alternative Kontakte zur faschistoiden Naschi-Jugend und
146 führt Austausch mit dem Jugendverband von Einiges Russland durch.

147 Russland versucht so Parteien in Europa zu stärken, die in einem klaren Widerspruch zu den Werten der Sozial-
148 demokratie stehen. Dies wird auch durch formelle Kooperationsverträge mit diesen Parteien offiziell bestätigt.
149 Dies muss auch im Kontext des inländischen Parteienwettbewerbs betrachtet werden.

150 **Militäroperation gegenüber Georgien und der Ukraine**

151 Seit 1999 nutzte die russische Führung Militärinterventionen in der unmittelbaren geopolitischen Nachbar-
152 schaft Russlands, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und die eigene Machtposition zu stär-
153 ken.

154 Nachdem sich Georgien im Zuge der „Rosenrevolution“ 2003 stärker dem Westen zuwandte und eine Koope-
155 ration mit der NATO sucht, begann Russland eine systematische Kampagne um die georgische Führung zu
156 untergraben. Dieses Verhalten kulminierte schließlich mit der Invasion Georgiens durch Russland 2008. Die
157 beiden georgischen Provinzen Süd-Ossetien und Abkhazien erklärten sich für unabhängig und werden seit
158 dem von Russland unterstützt.

159 Nachdem 2014 im Zuge der Maidan-Revolution die Ukraine ebenfalls eine engere Anbindung an die Europäi-
160 sche Union suchte, annektierte Russland die Halbinsel Krim. Darüber hinaus wurden Separatist*innen in der
161 Ostukraine unterstützt, was zu erheblichen kriegerischen Auseinandersetzungen im Donbass geführt hat, bei
162 welchen mindestens 10.000 Menschen bislang getötet wurden.

163 Es zeigt sich, dass die Nachbarländer Russlands bei einer Annäherung an die Europäische Union negative
164 Konsequenzen befürchten müssen.

165 **Russisches Verhalten im UN-Sicherheitsrat**

166 Als permanentes Mitglied des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen hat Russland ein Vetorecht. Dieses
167 hat Russland seit Beginn des Syrienkrieges immer wieder genutzt um Resolutionen, die das Verhalten des
168 Assadregimes kritisieren, abzuwenden. Seit dem Beginn des Krieges hat Russland elf Mal seine Vetomacht
169 eingesetzt, mehrfach bei Resolutionen, die den Einsatz von Chemiewaffen verurteilen sollten.

170 Im Frühjahr 2018 legte Russland sogar sein Veto ein, dass UN-Inspekteur*innen überprüfen sollten ob das
171 syrische Regime in Douma im April 2018 Chemiewaffen eingesetzt hatte.

172 Wenn Russland noch nicht einmal dazu bereit ist den Einsatz von Chemiewaffen zu verurteilen ist ernsthaft in
173 Frage zu stellen wie eine gemeinsame politische internationale Arbeit aussehen soll. Dass es selbstverständ-
174 lich geworden ist, dass in Syrien Chemiewaffen eingesetzt werden und die Welt zuschaut ist maßgeblich auf
175 Russlands Unterstützung für Assad zurückzuführen.

176 **Anti-Europäische Propaganda**

177 Der Kreml setzt stark auf Medien im Zuge seiner hybriden Kriegsführung. Sowohl der Fernsehsender Rus-
178 sia Today (RT), als auch das staatliche Medienunternehmen Sputnik verbreiten kremlfreundliche Nachrichten,
179 Fakenews und Propaganda. Sputnik wurde 2014 gegründet und ist inzwischen in 34 Ländern aktiv. Russia
180 Today ist ein staatlicher Nachrichtensender, der 2005 gegründet wurde. In Deutschland erlangte er größere
181 Bekanntheit, als im "Fall Lisa" behauptet wurde, dass Geflüchtete Lisa verschleppt und sie vergewaltigt hät-
182 ten.

183 RT, Sputnik und andere russlandnahe Medien nutzen eine Vielfalt von Techniken. Beispielweise werden Beiträ-
184 ge ohne Quellenangaben veröffentlicht, es gibt irreführende Titel, emotionale Appelle, Verschwörungstheorien
185 und „Whataboutism“.

186 Unterstützt werden RT und Sputnik von der Internet Research Agency, die in St. Petersburg angesiedelt ist.
187 Die Internet Research Agency beschäftigt die eine Vielzahl von Personen beschäftigt, die pro-russische Nach-
188 richten und Propaganda in den Sozialen Netzwerken verbreiten. Erst im Februar 2018 hat die Agency ihre
189 Büroräumlichkeiten auf 12.000 Quadratmeter verdreifacht.

190 Diese Propagandaaktivitäten basieren auf verschiedenen, häufig zusammenhängenden Narrativen. Dazu ge-
191 hören, dass Russland der Retter Europas sei, sowohl vor Napoleon und den Nazis, als auch aktuell vor den
192 Islam. Ferner sieht sich Moskau auch als Begründerin einer eurasischen Brücke und rechtfertigt damit po-
193 litische, wirtschaftliche und militärische Aktivitäten. Ein weiteres beliebtes Narrativ ist, dass Russland einen
194 starken, aber vermeintlich wohlmeinenden, Führer braucht, ansonsten entstehen Chaos und Schwäche. Die-
195 se Erzählung wird auch in Europa gerne übernommen.

196 Gegenüber dem Westen wird häufig argumentiert, dass westliche Institution russophob sind, beispielsweise
197 als Russland von der Olympiade 2016 und 2018 ausgeschlossen wurde und dass westliche Medien bewusst
198 und gezielt antirussische Propaganda verbreiten. Häufig wird auch von einer Umkreisung Russlands gespro-
199 chen. Darüber hinaus wird auch verbreitet, dass die Europäische Union eine „homosexuelle Agenda“ verbreitet
200 und bewusst die „christliche“ Bevölkerung Europas mit Muslimen austauschen will.

201 **Warum die Sozialdemokratie nicht mehr nur zuschauen darf**

202 Die Sozialdemokratie war immer eine politische Bewegung, die sich mit der Gesellschaft, insbesondere Macht-
203 strukturen auseinandergesetzt hat. In ihrer gesamten Geschichte stellte die Sozialdemokratie politische, wirt-
204 schaftliche und kulturelle Machtgefälle in Frage und arbeitete daran diese durch Reform und Revolution zu
205 überwinden.

206 Der intensive Dialog der deutschen politischen und wirtschaftlichen Führung mit den Eliten Russlands hat nicht
207 zu einem positiven Verhalten geführt. Im Gegenteil: obwohl es sehr enge Kontakte gibt zwischen Deutschland
208 und Russland hat dies nichts genützt. Die Minsker Abkommen werden nicht eingehalten, Russland organisiert
209 Cyberangriffe gegen die Europäische Union und unterstützt Diktaturen wie den Iran und Syrien.

210 Es muss festgestellt werden: eine rein dialogbasierte Ostpolitik führt derzeit nicht zum Erfolg.

211 Die Sozialdemokratie muss sich deshalb von den Mächtigen in Russland abwenden und sich den Betroffenen
212 zuwenden. Sowohl den Menschen, die innerhalb Russlands von der repressiven Politik der Regierung betrof-
213 fen sind, als auch die Menschen, die außerhalb Russlands von russischer Aggression betroffen sind, benötigen
214 unsere Solidarität.

215 **Konkrete Maßnahmen**

216 Eine neue Ostpolitik muss in verschiedenen Politikfeldern angesiedelt werden. Es Bedarf dabei einer engen Ab-
217 stimmung internationaler staatlicher und nicht-staatlicher Akteuer*innen, um einen sinnvollen Politikwechsel
218 zu ermöglichen.

219 **Politische Ebene**

220 Die politische Ebene bleibt für eine neue Ostpolitik die zentrale Ebene. Politische Maßnahmen müssen gleich-
221 zeitig dafür Sorge tragen, dass zu einem sinnvollen und zielführenden Dialog mit der russischen Führung
222 kommt, das aggressive Verhalten dieser gestoppt wird und die Europäischen Staaten effektiver gegen Angriffe
223 auf ihre Institutionen gestärkt sind.

224 **Zugeständnisse müssen im Verhältnis bleiben**

225 Im Zuge einer möglichen Deeskalierung der Lage in der Ukraine müssen wahrscheinlich politische Zugeständ-
226 nisse an Russland gemacht werden. Diese müssen aber in einem Verhältnis bleiben zu Maßnahmen, die Russ-
227 land macht. Unilaterale Maßnahmen zur Deeskalation sind nicht zielführend, wenn sie einseitig bleiben.

228 **Öffentliche Skandalisierung**

229 Insbesondere die Propaganda von RT und Sputnik lebt von Verschwörungstheorien und Halbwahrheiten. Des-
230 halb müssen staatliche Akteur*innen konkret russische Angriffe benennen und skandalisieren. Nur wenn es
231 gelingt ein allgemeines Problembewusstsein für die Lage zu schaffen, kann es gelingen die aufgezeigten Pro-
232 bleme gemeinsam anzugehen.

233 **Kooperation zu Cybersicherheit**

234 Im Rahmen der Cybersicherheit müssen die Staaten enger miteinander kooperieren. Das bedeutet konkret
235 einen verbindlichen Austausch zu dem Thema zu organisieren, auch mit Ländern, die nicht NATO oder EU-
236 Mitglied sind, aber von erheblichen Cyberangriffen ausgesetzt sind, wie beispielsweise der Ukraine.

237 **Stärkung demokratischer Institutionen**

238 Erwiesenermaßen sind Länder mit starken demokratischen und rechtsstaatlichen Institutionen resistenter ge-
239 genüber populistischen Einflüssen. Deshalb müssen wir innerhalb der Europäischen Union und unseren Nach-
240 barländern intensiv kooperieren, um diese Institutionen und staatlichen Strukturen zu stärken. Das bedeutet
241 konkrete Unterstützung mit politischer Expertise und finanziellen Ressourcen, um diese Stärkung zu vollbrin-
242 gen. Das bedeutet auch, dass das systematische Untergraben dieser Institutionen in Ländern wie Ungarn klar
243 kritisiert und bekämpft werden muss.

244 **Solidarität mit osteuropäischen Nachbarn**

245 Die Geschichte der osteuropäischen Staaten ist von einer wechselnden Dominanz Russlands und Deutsch-
246 lands geprägt. Wir müssen deshalb sicherstellen, dass die demokratischen Staaten und Regierungen ange-
247 sichts russischer Aggression unsere Solidarität haben und nicht, insbesondere deutsche, Partikularinteressen
248 eine höhere politische Priorität haben.

249 **Wirtschaftliche Ebene**

250 Im wirtschaftlichen Bereich muss der Einfluss, den die russische Führung sich darüber verschafft eingedämmt
251 werden. Darüber hinaus müssen auch die spezifischen Einzelpersonen, die sich über korrupte Geschäfte Zu-
252 gang und Einfluss schaffen auf Kosten der russischen Bevölkerung eingehalt geboten werden

253 **Diversifizierung von Energiequellen**

254 Im Zuge einer strategischen Betrachtung von Energiequellen muss sich die Europäische Union stärker diversifi-
255 zieren. Mit der Energiewende muss es auch gleichzeitig gelingen, dass die EU unabhängiger von politischen
256 Einfluss durch Energiequellen wird. Angesichts der Tatsache, dass die russische Führung zwischen 1992 und
257 2006 fünfundfünfzig Mal das Drosseln von Energielieferungen eingesetzt hat, um politische Ziele zu errei-
258 chen, muss die eine Energieunabhängigkeit ein Ziel. Darüber hinaus kann dies auch zum Anlass genommen
259 werden sich so noch unabhängiger von fossilen Energiequellen zu machen und so den Klimawandel zu be-
260 kämpfen.

261 **Beschluss des „Global Magnitsky Act“**

262 Das Ziel des „Global Magnitsky Acts“ ist es Einzelpersonen, die sich auf Kosten der russischen Bevölkerung
263 bereichert haben und Milliarden an russischem Vermögen ins Ausland geschafft haben, davon abzuhalten
264 dieses Verhalten weiter fortzuführen. Einige Staaten haben dieses Gesetz bereits verabschiedet, zielführend
265 ist es dies auf die gesamte Europäische Union auszuweiten.

266 **Wirtschaftliche Unterstützung für Südosteuropa**

267 Insbesondere die Südosteuropäischen Staaten sind von der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung wei-
268 ter abgehängt. In Griechenland ist die Lage weiterhin dramatisch. Diese wirtschaftliche Lage führte in der
269 Vergangenheit dazu, dass Staaten keine andere Chance hatten, als sich neue Finanzquellen aus Russland zu

270 organisieren. Wenn die Europäische Union ein Interesse daran hat russischen Einfluss in Südosteuropa zu be-
271 grenzen und gleichzeitig diese Region nicht abzuhängen, muss in die wirtschaftliche Entwicklung organisiert
272 werden.

273 **Gesellschaftliche Ebene**

274 Auf der gesellschaftlichen Ebene müssen umfassende Maßnahmen getroffen werden, um organisierte Krimi-
275 nalität zu bekämpfen, Korruption offenzulegen und demokratische Institutionen zu stärken.

276 **Systematische Verfolgung organisierter Kriminalität**

277 Organisierte, grenzüberschreitende Kriminalität muss effektiv bekämpft werden. Das erfordert einen engen
278 Austausch der nationalen Polizeibehörden in Europa, aber auch mehr Ressourcen für Europol und die Euro-
279 päische Staatsanwaltschaft. Haftbefehle in einzelnen Ländern müssen innerhalb der gesamten Europäischen
280 Union durchgesetzt werden.

281 **Offenlegung von Korruption**

282 Die europäischen Geheimdienste sollten Informationen zu Korruption von russischen Regierungs- und Wirt-
283 schäftsvertreter*innen offenlegen. Dazu gehören insbesondere Information zu Vermögenswerten dieser Per-
284 sonen außerhalb Russlands. Im Zuge dessen muss auch offengelegt werden, wenn Geldströme aus dem Aus-
285 land dafür genutzt werden, um bestimmte politische Akteure zu unterstützen.

286 **Regulierung sozialer Medien**

287 Social-Media-Unternehmen müssen mit in die Verantwortung genommen werden, um Fakenews und Hass-
288 kampagnen zu unterbinden. Es erfordert konkrete gesetzliche Vorgaben damit diese Plattformen dafür Sorge
289 tragen, dass sie nicht genutzt werden um Lügen und Menschenhass zu verbreiten. Es hat sich gezeigt, dass
290 eine Selbstregulierung nicht zum Erfolg führt.

291 **Nichtregierungsorganisationen unterstützen**

292 Nichtregierungsorganisationen spielen eine wichtige Rolle dabei Staatsstrukturen zu fördern, insbesondere in
293 Staaten wo staatliche Institutionen schwach sind. Es müssen deshalb Ressourcen eingesetzt werden, um NRO
294 zu fördern, die sich für Demokratie, Minderheitenschutz und dem Stopp von FakeNews einsetzen.

295 **Medienbildung stärken**

296 Für viele Menschen in Europa ist die Existenz und alltägliche Benutzung des Internets und Sozialer Netzwerke
297 eine äußerst neue Entwicklung. Dies führt dazu, dass es erhebliche Wissensdefizite bei der Benutzung gibt.
298 Deshalb ist es wichtig sowohl in den Schulen, als auch in der Erwachsenenbildung die Ausbildung in Medien-
299 kompetenz dramatisch zu erhöhen.

300 **Sicherheitspolitische Ebene**

301 Die stärker werdende Aufrüstung Russlands, erfordert auch eine Sicherheitspolitische Antwort. Wichtigstes
302 Ziel muss es sein den Frieden in Europa zu wahren. Das erfordert auf der einen Seite einen Abrüstungsdialog
303 zwischen Russland und der NATO und auf der anderen Seite die Stärkung der Defensivfähigkeiten von NATO-
304 und EU-Staaten.

305 **Dialogstrukturen aufbauen**

306 Dialogstrukturen müssen auf zwei Ebenen stattfinden. Eine Ebene muss bei den sicherheitspolitischen Ak-
307 teur*innen vor Ort liegen, sodass mögliche Missverständnisse nicht zu einer Eskalation von Spannungen füh-
308 ren und zügig geklärt werden können. Darüber hinaus muss auch ein gemeinsamer Dialog stattfinden wie eine
309 Abrüstung, sowohl konventionell als auch unkonventionell, vonstattengehen kann.

310 **Abwehr von Cyberangriffen**

311 Die Ausweitung von Cyberangriffen von verschiedenen Akteuer*innen erfordert einen dringenden Ausbau der
312 Cyberangriffabwehrfähigkeiten der Länder der Europäischen Union. Da die europäische Infrastruktur zuneh-
313 mend vernetzter wird, ist es sinnvoll und zielführend dies auf der europäischen Ebene zu machen.